

Eine längst fällige Diskussion

☒ Unser Außenminister ist schon ein Phänomen. Kaum im Amt machte er sich polnische Interessen zu Eigen, statt deutsche. Die Wunde, die er mit der Causa Steinbach dem deutschen Volk zufügte, wird so schnell nicht verheilen. Doch das focht den Chef der Liberalen beileibe nicht an. Er legte den Turbogang ein und düste durch die Welt, als habe sie auf ihn – Dr. Guido Westerwelle – nur gewartet.

(Von Michael Ludwig, [Zeitschrift Gegengift](#))

Die Quittung für seinen kopflosen Aktionismus folgte auf den Fuß. Hundert Tage nach seinem Amtsantritt sanken seine persönlichen Sympathiewerte in den Keller, was gar nicht so schlimm gewesen wäre, aber auch die seiner Partei halbierten sich nahezu, und da schrillten dann doch die Alarmglocken, schließlich stehen in diesem Frühjahr die wichtigen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen an. Was tun? das war jetzt die Frage. Und Westerwelle zeigte sich von seiner findigen Seite – er trat im Zusammenhang mit Hartz IV die Dekadenz-Diskussion los. Seit seinem Beitrag in der Welt am Sonntag versuchen allenthalben Kommentatoren die Frage zu ergründen, ob wir, und mit uns der hoch technisierte europäische Westen, tatsächlich dekadent und damit zum Untergang verurteilt seien oder nicht.

Vielleicht wird es im Rückblick einmal heißen, dass eine der wirklichen Leistungen des Außenpolitikers Westerwelle eine innenpolitische war, weil der die Frage nach der Bezahlbarkeit unserer Sozialsysteme so schnörkellos gestellt hat. Aber ihm geht es nicht nur um die Abermilliarden, die der Haushalt für soziale Zwecke Jahr für Jahr verschlingt, und der trotzdem nicht verhindern kann, dass die Unzufriedenheit der Menschen stetig zunimmt. Westerwelle legt seinen Finger auf eine Wunde

in unserem Gesellschaftssystem, die man folgendermaßen beschreiben könnte – die wirklich Reichen transferieren ihr Geld in die (bislang noch) datengeschützte Schweiz, um sich die Steuern zu sparen, die Unterschicht hebt unverhohlen die ruhende Hand auf, um sich das Ausschlafen und den täglichen Bedarf an ungestörtem Fernsehkonsum bezahlen zu lassen. Finanziert wird das alles von der Mittelschicht. Die FDP sagt, dass damit Schluss sein müsse, und wer sich seinen gesunden Menschenverstand bewahrt hat, wird ihr Recht geben. In der sozialdemokratisierten Union erhebt sich Protestgeschrei gegen die Wirklichkeitsbeschreibung der Liberalen, bei der SPD sowieso, und die Grünen und die Linkspartei keifen, als wolle man ihnen nach dem nackten Leben trachten.

Die Frage, ob die Zivilgesellschaft Deutschlands dekadent zu nennen sei, ist eine notwendige, und man sollte sich allenfalls fragen, ob sie nicht zu spät gestellt wurde. Der landläufigen Definition zufolge versteht man unter Dekadenz den Abstieg einer Gesellschaft. Nun könnte man darauf antworten, dass Geschichte wellenförmig vor sich geht – Reiche entstehen, wachsen zur Blüte heran und gehen schließlich wieder ein wie Primeln im Winter. So war es beim Paradebeispiel des Römischen Imperiums, beim Herrschaftsbereich Karl des Großen und dem Weltreich der Briten, das den Zweiten Weltkrieg nicht überlebt hat. Die Globalisierung, die wir gerade erleben, verursacht einen neuen Schub – die Zeit des Eurozentrismus scheint sich endgültig ihrem Ende zuzuneigen, und die neuen Machtzentren heißen China, Indien und möglicherweise Russland. Insofern kann man Deutschland durchaus einen dekadenten Staat nennen, sitzt er doch auf einem Wohlstandsast, der gerade von der Geschichte abgesägt wird. Dennoch können wir von unseren Politikern verlangen, dass sie alles in ihrer Macht Stehende tun, um diesen Prozess fortschreitender Bedeutungslosigkeit und Verarmung abzubremsen. Doch genau das Gegenteil geschieht – sie unternehmen alles, um die Fahrt in den Untergang zu beschleunigen.

In einem Interview der Welt am Sonntag nennt der Althistoriker Alexander Demandt, der mit seinem Buch „Der Fall Roms“ ein Standardwerk vorgelegt hat, einen wichtigen Grund für den Untergang des Römischen Reiches: „Dekadenz ist ja ein lateinisches Wort: Niedergang. Es ist ursprünglich gekoppelt an die Vorstellung vom Sittenverfall ... Die römischen Moralisten glaubten, die Leute würden bei einem Leben in Luxus ihre virtus verlieren, was vor allem die Fähigkeit zum Kriegsdienst bedeutet. Wenn sich die Leute nicht selbst verteidigen können, werden sie zu Sklaven ihrer stärkeren Nachbarn.“ Demandt fährt fort: „Und gerade die städtischen Bevölkerungen erlagen dieser Verweichlichung und wurden dann von ländlichen, kulturell-zivilisatorisch tiefer stehenden Bevölkerungen – Barbaren – besiegt. Das ist ein Vorgang, der in der vorindustriellen Zeit mehrfach zu beobachten ist. Und dann haben wir in der Stadt Rom das Phänomen, dass die Kaiser und Staatsmänner sehr früh dazu übergegangen sind, die Bevölkerung auf Staatskosten zu ernähren. Brot und Spiele. Hunderttausende wurden fürs Nichtstun mit Produkten aus dem ganzen Imperium versorgt. Das kam daher, dass die Bürger der Stadt das Wahlrecht besaßen. Die politischen Entscheidungen fanden in Rom statt, und deshalb waren die Leute wichtig. Die Politiker mussten das Wahlvolk ködern, und dafür mussten die Leute außerhalb Roms Steuern zahlen und sich abrackern.“

Was der Historiker am Beispiel des antiken Roms aufzeigt, könnte genauso gut aus der deutschen Gegenwart stammen. Ihr ist die virtus schon längst abhanden gekommen. Wer einen Truppenübungsplatz der Bundeswehr besucht, kann dort eine übergroße Anzahl von Rekruten erleben, die mit Ächzen und Stöhnen ihre Bierbäuche über die Hindernisse stemmen, und falls ein längerer Marsch mit voller Gepäckausrüstung angesagt ist, pflastern zurückgebliebene Fußkranke diesen Weg. Aber es ist nicht nur die verloren gegangene Fähigkeit, seinen Körper für den Kampf fit zu halten, sondern auch der fehlende Wille, ihn auszufechten. Definiert man Dekadenz auch als zunehmende Sensibilisierung einer Gesellschaft, so sind wir allesamt

unglaubliche Sensibelchen, die bei der geringsten Nervenbelastungsprobe in Tränen ausbrechen.

Thomas Mann hat – wie kaum ein anderer Autor – im letzten Jahrhundert die Dekadenz des hanseatischen Bürgertums beschrieben. In seinem Roman „Buddenbrooks“ schildert er den Verfall einer Familie, die an geistiger Verfeinerung und körperlicher Degeneration zugrunde geht. Hanno Buddenbrook hat keinen Willen zur Macht mehr, und das ist es, was sein Ende heraufbeschwört. Auch wir haben den Willen dazu längst verloren. Wir sehen Macht als etwas Böses an, das es fern zu halten gilt, aber unsere Feinde tun alles, um sie zu erringen und dann skrupellos anzuwenden. Nichts anderes geschieht augenblicklich in Afghanistan. Während der dekadente Westen für jeden irrtümlich getöteten Zivilisten Tränen über Tränen vergießt, Soldaten in Ausübung ihrer Pflicht, die selbstverständlich auch die Anwendung von Gewalt einschließt, vor den Staatsanwalt schleift, und überlegt, ob er sie nicht besser gleich abziehen soll, führen uns die Taliban die altrömische Tugend der virtus vor. Sie haben nicht nur kampferprobte Körper, sie setzen ihn auch ein; sie suchen die Gelegenheit zum direkten Kräftemessen, während unsere Soldaten es unter allen Umständen meiden wollen. Aber man braucht nicht nur auf den fernen Hindukusch zu blicken, auch in den deutschen Großstädten sind wir dabei, die Auseinandersetzung mit ausländischen Jugendlichen zu verlieren. Dekadente Richter fassen türkische und arabische Jugendliche mit Samthandschuhen an, Sozialpädagogen stehen meist fassungslos vor den Scherben ihrer Tätigkeit, wenn wieder einmal ein Schüler ausflippt, seine Klassenkameraden mit einer Pumpgun über den Haufen schießt und seinen Lehrer das Messer in den Hals rammt; sie fragen dann: warum? Dieses warum? ist ihre ganze Antwort auf das immer offensichtlicher werdende Dekadenzsyndrom unserer Gesellschaft, es verliert sich im Nirwana ihres gutmenschlichen Horizonts, aus dem das höhnische Gelächter derjenigen, die die ungeteilte Macht haben wollen, zurückhallt. Vielleicht sollten sich die Sozialingenieure der

Postmoderne einmal Gedanken darüber machen, dass – auf höchst dialektische Weise – die Aggression, die aus dem täglichen Leben ausgegrenzt wird, als sei sie der Teufel persönlich, durchs Hintertürchen wieder Einlass begehrt; sie maskiert sich als brutales Computerspiel und feiert in den Kinderzimmern fröhliche Wiederauferstehung.

In den Zusammenhang der Dekadenz kann man auch die christlichen Kirchen stellen. Der englische Gelehrte Edward Gibbon (1737 – 1794) vertrat die These, dass sie geradezu ein Ausbund an dekadentem Denken und Handeln sind. Demandt meint dazu im Hinblick auf den Untergang des Römischen Reiches: „Die Leute suchen ihr Heil im Jenseits. Und diese spätantike Flucht ins Jenseits ist auch ein sehr seltsames Phänomen. Wir haben in Nordafrika, Ägypten, im Vorderen Orient, in Kleinasien ganze Mönchslandschaften. Zehntausende von Männern und Frauen, die mönchisch leben. Und die keine Steuern zahlen und keinen Wehrdienst leisten. Der Kaiser Valens hat in der Not der Gotenkriege einmal versucht, diese Leute heranzuziehen für den Wehrdienst, was ihre Pflicht wäre als römische Bürger. Es gab einen Aufschrei! Und er hat es auch nicht geschafft. Man kann also die Kirche in gewisser Weise verantwortlich machen für den Niedergang.“ Man muss sich nur einmal vorstellen, der Staat würde in unserer pazifistisch durchtränkten Gesellschaft alle Wehrpflichtigen zu den Waffen rufen, weil der Ernstfall vor der Tür steht. Was für ein Geschrei würde da anheben. Und an vorderster Front stünde die Bischöfin Käßmann, um uns klar zu machen, dass wir uns möglicherweise versündigen würden, sollten wir unsere Interessen (und unsere Art frei zu leben) mit Bleikugeln verteidigen wollen.

Dekadenz, so wurde Westerwelle die letzten Wochen vorgeworfen, sei ein Problem der herrschenden Elite und nicht der Hartz-IV-Empfänger. Das ist nur zum Teil wahr. Natürlich ist unsere herrschende – politische – Elite dekadent, denn wenn sie es nicht wäre, stünden wir nicht vor diesem Berg von Problemen. Ihr zur Seite steht ein Teil der pauperisierten Klasse, der

jeden Willen zum Aufstieg und damit zur Eigenverantwortung verloren hat, weil der Staat und die Gesellschaft ihm Brot (Arbeitslosengeld 2) und Spiele (die kommerziellen Sender von Pro 7, Sat 1, Kabel, RTL etc.) Tag für Tag in den Rachen schmeißt, damit er ruhig gestellt bleibt. Das Nachsehen hat die arbeitende Mittelschicht, die jeden Tag die Kärnerarbeit verrichtet und den Karren aus dem Dreck zieht. Leider bleibt sie politisch weitgehend stumm. Der FDP-Chef hat ihr eine Stimme verliehen. Das ist gut so.

Als oberste EKD- Repräsentantin noch tragbar?



Der heute bekannt gewordene Vorfall, nach der die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland am vergangenen Wochenende mit [1,54 Promille Alkohol im Blut](#) in ihrem Dienstwagen erwischt wurde, ist nicht der erste „Fehler“, der Margot Käßmann unterlaufen ist. Ist die Ernsthaftigkeit ihres Amtes mit ausgelassenem Feiern und Alkoholkonsum überhaupt noch vereinbar? Welche Vorbildfunktion kann man unter diesen Umständen noch haben?

(Von Andreas F.)

Dieselbe Frage stellten sich verwundert viele Christen, als sie davon hörten, wie Käßmann ihre Scheidung durchzog.

Dieselbe Frage stellten sich viele Christen, als Käßmann – als Amtsperson! – politische Statements mit starker und unakzeptabler Schlagseite (Bundeswehr in Afghanistan) abgab. Dieselbe Frage stellten sich viele Christen, als Käßmann unwirsch, unbelehrbar und rechthaberisch auf Kritik an ihrer Person reagierte.

Wie oft vorher war Käßmann schon über sich „erschrocken“, ohne dass sie gezwungen war, dies öffentlich zuzugeben? Hat sie selbst und ihre Kirche nicht ein gewisses Recht darauf, vor ihren Fehlern geschützt zu werden?

Natürlich gilt das „Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein“ auch für Frau Käßmann. Man versage ihr den menschlichen Respekt nicht.

Jedoch: Spätestens jetzt steht die Frage im Raum, ob Käßmann als Amtsperson, als oberste Repräsentantin der Volkskirchen-Protestanten in Deutschland noch länger tragbar ist. Wird sich wieder die Fraktion durchsetzen, die die problematischen Lebensäußerungen Käßmanns als „so menschlich“ auch noch mit besonderem Verständnis begrüßen und gerade auch daraus die Befähigung für ihr Amt ableiten?

Es ist eine geforderte Kunst, „dicht bei Gott und dicht bei den Menschen“ zu sein. Letzteres hat Käßmann mit allen negativen Folgen sehr überbetont, ersteres hingegen unzureichend praktiziert oder zumindest kommuniziert.

Wer die Evangelische Kirche in dieser Art und Weise repräsentiert, wundere sich nicht, wenn eben diese Kirche als verlotterte gesellschaftspolitische Gruppe und damit als austauschbar und damit als verzichtbar wahrgenommen wird. Natürlich wird dies nicht dem ehrenhaften Engagement vieler Protestanten an der Basis gerecht. Umso schlimmer ist es dann aber, dass Repräsentanten wie Käßmann das Bild der evangelischen Kirche in Deutschland entscheidend mitprägen.

Als Protestant kann man häufig – anders als Orthodoxe oder

Katholiken – damit leben, dass Käßmann als Frau ihr Amt bekam. Es besteht aber kein Grund, unter allen Umständen an diesem Amt festzuhalten, weil sie Frau ist.



Fatwa gegen Gleichberechtigung



Der Religionsgelehrte Scheich Abdurrahman al-Barrak aus Saudi-Arabien (Foto) hat eine Fatwa erlassen, nach der jeder, der erlaube, dass Männer und Frauen am Arbeitsplatz oder in den Universitäten des Königreichs zusammentreffen, ein Ungläubiger sei und getötet werden müsse.

Der Standard [schreibt](#):

Bisher werden Mädchen und Burschen in dem islamischen Königreich strikt getrennt unterrichtet. In Büros und Banken arbeiten Frauen in eigenen Abteilungen. Mit ihren männlichen Kollegen haben sie meist nur telefonischen Kontakt. Der einzige Ort, an dem die Geschlechtertrennung aus praktischen Erwägungen aufgehoben wurde, sind die Krankenhäuser.

Außerdem war im vergangenen Jahr auf Initiative von König Abdullah die nach ihm benannte König-Abdullah-Universität für Wissenschaft und Technologie (KAUST) eröffnet worden, an der Studenten und Studentinnen gemeinsam unterrichtet werden. Einige der konservativen Religionsgelehrten des Landes haben diese vom König veranlasste Neuerung kritisiert.

Staatsreligion ist der Wahhabismus, eine extrem puritanische Interpretation des Islam. Der König beansprucht den religiösen Ehrentitel „Hüter der heiligen Stätten“ von Mekka und Medina.

Da der Islam ja nichts mit dem Islamismus zu tun hat, trösten wir uns damit, dass es sich hier um eine islamistische Strömung handelt. Der Islam an sich (den es wiederum nicht gibt) ist natürlich nicht frauenfeindlich.

Balkenende schließt Koalition mit Wilders nicht aus



Die guten

Nachrichten am heutigen Tag reißen nicht ab: Der niederländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende, der sich bislang immer öffentlich von Geert Wilders distanziert hat, schließt eine Zusammenarbeit mit dem Chef der PVV (Partei

für die Freiheit) nicht mehr aus. Einen Aufruf der Sozialdemokraten an Balkenendes CDA (Christlich Demokratischer Appell), auf keinen Fall mit Wilders zusammenzuarbeiten, wies Balkenende gestern Abend im Fernsehen zurück. „Wir schließen niemanden von vornherein aus.“

Focus berichtet:

Nachdem am Wochenende die Regierungskoalition im Streit um den niederländischen Militäreinsatz in Afghanistan geplatzt war, haben sich inzwischen fast alle Parteien gegenüber Staatsoberhaupt Königin Beatrix für Neuwahlen ausgesprochen. In den Umfragen liegen CDA und Wilders' Partei für die Freiheit (PVV) weit vorn.

Für den Fall von Koalitionsverhandlungen mit dem CDA signalisierte Wilders bereits ein Einlenken bei seinen umstrittensten Forderungen – darunter ein Einwanderungsverbot für Muslime und staatliche Maßnahmen gegen die „Islamisierung“ der Niederlande. „Ich verstehe, dass wir nicht in jeder Beziehung unseren Willen bekommen können“, sagte er der konservativen Zeitung „De Telegraaf“.

Eine Regierungsbeteiligung der PVV nach der Parlamentswahl am 9. Juni hätte eine Signalwirkung auf die europäische Politik. Kein EU-Mitgliedsstaat könnte sich dann noch erlauben, Wilders die Einreise zu verwehren.

Die Islamkritik wird salonfähig.

(Spürnase: Antivirus)

Europäischer Gerichtshof rügt Türkei



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Türkei wegen Verstoßes gegen die Religionsfreiheit verurteilt. Nicht, dass wir uns falsch verstehen. Es ging nicht um christliche Rechte. Geklagt hatte eine moslemische Sekte, deren Mitglieder eine Geldstrafe zahlen sollten, weil sie in langen Gewändern und Turbanen durch die Hauptstadt Ankara gezogen waren. Werden die „Menschenrechte“ von Moslems verletzt, versteht der Europäische Gerichtshof keinen Spaß!
[Mehr...](#)

(Spürnase: Arendt)



Kurdisches Schuhattentat auf

Erdogan



Der Wurf eines Schuhs ist im islamischen Kulturkreis eine der schlimmsten Beleidigungen überhaupt. Nachdem im Dezember 2008 Präsident Bush zum Abschied mit einem irakischen Schuh beworfen wurde, was Bush mit einem Ducken abprallen ließ und [mit einem lockeren Scherz wegsteckte](#), traf der Schuh diesmal ins Schwarze, obwohl er das Ziel verfehlte.

Der Türkische Premierminister Erdogan wurde bei seinem jüngsten Spanienbesuch gestern mit einem Kurden-Schuh beworfen. Die Absicht, Beleidigtsein-Auszulösen, wurde bei Erdogan mit Sicherheit erreicht. Schließlich ist er Moslem und weiß um das Ausmaß der Schmach.

[Sp0n schreibt:](#)

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan stieg gerade in sein Auto – da passierte es. Es war ein langer Tag gewesen, Erdogan hatte sich zum zweiten spanisch-türkischen Gipfel auf der iberischen Halbinsel aufgehalten. Abends hatte er einen Kulturpreis in Sevilla überreicht bekommen. Es war inzwischen spät am Montagabend. Plötzlich dann die Attacke: Ein Angreifer warf einen Schuh in seine Richtung.

Der Angreifer verfehlte den Regierungschef – wurde aber dennoch von der Polizei festgenommen. Wie die spanischen Sicherheitskräfte mitteilten, ereignete sich der Angriff vor dem Rathaus von Sevilla.

Der Schuh traf das Fahrzeug, aber nicht den türkischen

Regierungschef. Bei dem Werfer handelte es sich um einen 27-jährigen Kurden mit syrischem Pass. Gegen ihn lief nach Angaben der Polizei in Spanien bereits ein Ausweisungsverfahren. Der Mann hatte beim Werfen des Schuhs gerufen: „Es lebe das freie Kurdistan!“

Bei dem spanisch-türkischen Gipfel hatte sich Spanien für eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU ausgesprochen, weil das Land angeblich so wichtig sei für „die politische Weltordnung und die Stabilität“. Offenbar nicht stabil genug, um durch einen Schuhwurf nicht erschüttert zu werden.

Den Schuhwurf von Sevilla [sehen Sie hier](#):

(Mit Dank an alle Spürnasen)

Erfolg in Sendling

☒ Totgesagte leben länger – aber nicht ewig. Nachdem schon seit Jahren immer wieder Hoffnung aufkam, dass die Sendlinger Bürger mit ihrem Kampf gegen einen staatlich-türkischen Moscheebau auf ihrem denkmalgeschützten Gotzinger Platz Erfolg haben, ist das mohammedanische Projekt jetzt endgültig gescheitert.

Die [Abendzeitung berichtet](#):

Eines der spektakulärsten und umstrittensten Projekte in München scheitert: Die Moschee am Gotzinger Platz kann aus finanziellen Gründen nicht gebaut werden. Die Entscheidung ist bei einer Versammlung des Moscheebauvereins Ditim am Sonntag verkündet worden. Und zwar vom türkischen Religionsattaché in München und von drei Vertretern des

türkisch-islamischen Dachverbands Ditib, die aus Köln mit den schlechten Nachrichten im Gepäck angereist waren.

„Sie sehen uns, den kleinen Münchner Verein, nicht in der Lage, das Vorhaben zu realisieren“, sagte Ditim-Chef Recep Dereli der AZ. „Und sie sind auch selbst nicht in der Lage, das Projekt zu unterstützen.“ Schon im Mai 2009 zeichnete sich ab, dass für die zwölf Millionen Euro teure Moschee das Geld fehlt. Im Interview mit der AZ hatte der damals noch neue Vorsitzende Dereli sich von dem „Protzbau“ distanziert.

Die finanziellen Schwierigkeiten des Vereins waren sogar noch früher offen zu Tage getreten – als dieser nicht einmal in der Lage war, die Grunderwerbssteuer vollständig selbst zu bezahlen.

Hier verschweigt des Qualitätsjournalisten Höflichkeit, dass der SPD-Oberbürgermeister Ude das damals schon fehlende Geld großzügig aus dem Geldbeutel der Münchner Bürger spendierte. ([PI berichtete](#)).

„Ditib steht nicht mehr hinter dem Projekt“, erklärte Dereli gestern. Und alleine darf und kann der Münchner Verein das nicht durchziehen. Der Dachverband konzentriert sich auf das Moschee-Großprojekt in Köln.

Wie ist die Stimmung in München? „Aufgebracht“, sagt Dereli. Man fühle sich „verkauft und verraten“. Zumal der Ditim-Entschluss angeblich schon lange feststand. Dereli selbst hat nun seinen Rücktritt angeboten.

300 bis 400 Leute hatten seiner Schätzung nach bereits gespendet, damit das Prestige-Projekt realisiert werden kann. Allein der Traum von der Moschee kostete bislang 500000 Euro – für Rechtsstreitereien und Planung.

OB Christian Ude wurde von der Entwicklung überrascht. Die Moschee war für ihn eine Herzenangelegenheit – etwas, das er

während seiner Amtszeit noch wachsen sehen wollte. „Ich finde es extrem bedauerlich, dass nach so vielen Anstrengungen des Moscheevereins, des Stadtrats und der benachbarten Kirchen der Bauantrag nicht gestellt werden kann“, sagte er der AZ. Die Absage sei auch „ärgerlich“, weil ihm der türkische Ministerpräsident Erdogan gesagt habe, dass er das Projekt für so wichtig halte, dass er zur Eröffnung nach München komme. Er werde dem Städtetag nun über den Rückzug der DITIB berichten. „Das wird die Begleitung von DITIB-Projekten in anderen Städten nicht beflügeln.“

Die Verhinderung der Sendlinger Moschee ist zweifellos ein Erfolg der besonders engagierten „[Bürger für München](#)“ – aber auch der islamkritischen Bewegung in Deutschland insgesamt. Die hohen Kosten für Rechtsstreite sind das Ergebnis einer wehrhaften Bürgerschaft, die die türkischen Bauherren immer wieder zwingt, deutsche Gesetze einzuhalten. Nicht zuletzt ist es auch die kritische Beobachtung der mohammedanischen Aktivitäten, die die Sendlinger Moscheebauer zwang, inhaltliche Zugeständnisse an eine zunehmend skeptische Öffentlichkeit zu machen.

[PI berichtete bereits im Dezember 2008](#), dass laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung die DITIB-Zentrale das Interesse an Sendling verloren habe, da unter dem Druck der bürgerlichen Öffentlichkeit zu viel Liberalität versprochen wurde:

Beobachtern zufolge ist man bei der Kölner „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“, die direkt dem türkischen Staat untersteht, nun der Ansicht, das Münchner Moscheeprojekt sei zu offen und zu liberal angelegt. Auf Kritik der oberen Ebene stieß offenbar auch, dass es in der Moschee am Gotzinger Platz sogar Gebete in deutscher Sprache geben und der Dialog mit den christlichen Kirchen intensiviert werden soll.

Ansprüche, die man bei der Prunkmoschee zu Köln mit dem absurden Argument der Religionsfreiheit nicht zu stellen wagen wird. Schade nur um eine halbe Million Euro und Steuergelder in ungenannter Höhe, die jetzt in München in den Sand gesetzt wurden. Das Geld hätte man besser für die Rehabilitation von Opfern mohammedanischer Straßengewalt in Deutschland verwendet.

Käßmann schockiert über sich selbst



Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Bischöfin Margot Käßmann, ist schockiert über sich selbst. Grund ist aber nicht der Heilige Geist, der der notorischen Islamversteherin Erleuchtung über den moralischen Wert ihrer gehässigen Äußerungen über unsere Soldaten in Afghanistan gewährt hätte, sondern der eher profane Weingeist, dem die Würdenträgerin mehr zugesprochen hatte, als die Polizei erlaubt.

Die [FAZ berichtet](#):

Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, ist mit 1,54 Promille Alkohol im Blut

am Steuer erwischt worden. Dies habe die Blutprobe ergeben, die die Bischöfin von Hannover abgeben musste, sagte Staatsanwalt Jürgen Lendeckel am Dienstag in Hannover. Laut eines Polizeisprechers hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Trunkenheit am Steuer eingeleitet.

Der 51-Jahre alten Käßmann drohen ein einjähriger Führerscheinentzug und eine Geldstrafe von einem Monatsgehalt. Ob die Bischöfin bei der abermaligen Beantragung des Führerscheins eine Medizinisch-Psychologische Untersuchung – den sogenannten „Idiotentest“ – absolvieren muss, wird die Führerscheinstelle entscheiden müssen.

Käßmann ist seit Oktober 2009 Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland und damit die erste Frau in diesem Amt. Seit 1999 steht die Theologin als Bischöfin der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover vor.

„Über mich selbst erschrocken“

Einem Bericht der „Bild“-Zeitung zufolge hatten Streifenpolizisten am vergangenen Samstagabend gegen 23 Uhr die Bischöfin in der Innenstadt von Hannover gestoppt, nachdem sie mit ihrem Dienstwagen eine rote Ampel ignoriert hatte. Einer EKD-Sprecherin hatte ursprünglich mitgeteilt, der Atemalkoholtest hätte 1,1 Promille ergeben, die „Bild“-Zeitung schrieb von „etwa 1,3 Promille“. Käßmann musste mit zur Polizeiwache, wo ihr eine Blutprobe entnommen wurde.

Käßmann zeigte sich schockiert über ihr eigenes Verhalten. „Ich bin über mich selbst erschrocken, dass ich einen so schlimmen Fehler gemacht habe. Mir ist bewusst, wie gefährlich und unverantwortlich Alkohol am Steuer ist. Den rechtlichen Konsequenzen werde ich mich selbstverständlich stellen“, sagte die Bischöfin der „Bild“-Zeitung.

Da viele Bürger den Schaden durch islamophile Predigten höher einschätzen als die vergleichsweise lässliche Sünde des

kleinen Schwipps im Straßenverkehr, werden jetzt Forderungen laut, einen Idiotentest grundsätzlich auch vor dem Betreten einer Kanzel obligatorisch zu machen.

Flugblattaktion zum Gedenken an „Weiße Rose“



Am Montag, den 22. Februar 2010, verteilten engagierte Bürger aus Berlin, Hamburg und Kiel [ein Flugblatt](#) auf ungewöhnliche Weise. Sie warfen das Flugblatt von hohen Gebäuden auf Straßen und Plätze sowie innerhalb eines Einkaufszentrums hinunter. Dies geschah zum Gedenken an die Geschwister Scholl und deren Mitstreiter, die am 22. Februar 1943 hingerichtet wurden.

An folgenden Orten fand der Flugblattwurf statt:

– **Berlin:** Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche / Breitscheidplatz

– **Hamburg:** Universität Hamburg
Mönckebergstraße, Höhe Karstadt
Innerhalb der Europa-Passage, Mönckebergstraße
– **Kiel:** Fachhochschule Kiel
Rathausplatz
Einkaufspassage „Sophienhof“

Zwar landeten die Flugblätter auf verregneten Straßen oder wurden rasch vom Personal der Einkaufszentren entfernt, doch was zählt, ist die symbolische Wirkung und der visuelle Effekt. Trotzdem hoben einige Personen die Flugblätter auf und lasen sie. Das Flugblatt wurde von einer professionellen Grafikerin erstellt. Die Aktion in Hamburg wurde von zwei extra engagierten Fotografen dokumentiert.

Das Flugblatt erinnert einerseits an den mutigen Einsatz der Mitglieder der „Weißen Rose“ und macht zugleich auf die Islamisierung und die damit einhergehende Beschränkung der Meinungsfreiheit in der heutigen Zeit aufmerksam. So enthält das Flugblatt zwei Zitate [Susanne Zeller-Hirzels](#). Sie ist Mitglied in der islamkritischen [Bürgerbewegung Pax Europa](#) (BPE) – und war 1942/43 eine enge Freundin und Vertraute der Geschwister Scholl.

Unter dem Decknamen „Weiße Rose“ hatten sich mehrere Studenten der Ludwig-Maximilians-Universität München versammelt. Die aktivsten Mitglieder waren die Geschwister Hans und Sophie Scholl. Mit ihren Flugblättern rüttelte die „Weiße Rose“ ihre Mitmenschen auf und machten sie auf das Unrechtsregime der Nazis und deren Verbrechen im In- und Ausland aufmerksam. Berühmt wurde ihre letzte Verteilaktion: Sophie Scholl warf die verbliebenen Flugblätter im zweiten Stock über die Brüstung hinab in den Lichterhof. An diesen letzten Akt knüpfte unsere Aktion an.

Auch wenn die heutigen Verhältnisse nicht mit denen des Dritten Reichs gleichzusetzen sind, so ist doch auffällig, dass seit Jahren mehr und mehr Rechte abgebaut werden, während

die Islamisierung voranschreitet. Obgleich immer betont wird, dass der Islam eine friedliche und tolerante Religion sei, sind es die Kritiker des Islam, die mit dem Tod bedroht werden, darunter die dänischen Mohammed-Karikaturisten, der niederländische Politiker Geert Wilders, der französische Philosoph Robert Redeker und der deutsche Orientalist Hans-Peter Raddatz – und eben nicht die Hassprediger, die zum Dschihad aufrufen.

Menschen, die mit Kritik oder auch nur Skepsis auf diese Entwicklung reagieren, werden „rechtspopulistisch“ genannt, ein Etikett, das jedermann im Handumdrehen umgehängt werden kann. Wie bei den Hexenprozessen gilt der Grundsatz „in dubio pro reo“ eben nicht! Mit beliebig dehnbaren Begriffen wie „rechts“ versucht man, Menschen Rede- und sogar Denkverbote aufzuzwingen.

Auch die aktuellen Entwicklungen sind totalitärer Natur, also ist es kein Wunder, dass eine ehemalige Mitstreiterin der „Weißen Rose“ heute in den Reihen der Islamkritiker zu finden ist. Wer einmal der gefährlichen Ideologie des Sozialismus, gleich ob braun oder rot, gegenüberstand, erkennt dessen Strukturen immer wieder. In ihrem Gesinnungsfaschismus und ihrer Menschenverachtung unterschieden sich die Nazis kein Deut von den Schergen Maos, Stalins oder Ho Chi Minhs.

Noch ein Wort zur „Weißen Rose“: Sie gilt heute tatsächlich als politisch korrekt. Zu Unrecht. Denn die „Weiße Rose“ vertrat ein christlich-konservatives, auf Individualismus ausgerichtetes Weltbild, nicht vergleichbar mit dem der Jusos, Grünen und sonstigen „engagierten“ NGOs.

Video:

» [Fotogalerie](#)

(Gastkommentar von engagierten Hamburgern)

„Islam und Christentum nähern sich an“



Während der Islam sich immer mehr radikalisiert und [200-300 Millionen Christen weltweit](#) verfolgt, bedroht und ermordet werden, von denen 80% in moslemischen Ländern leben – auch in der Türkei (!) – zitiert Radio Vatikan freudig den französischen Philosophen Olivier Roy, der uns wissen lässt, dass Islam und Christentum sich in Europa einander annährten.

Der Botschafter der Türkei beim Heiligen Stuhl, Kenan Gürsoy, habe das auch betont.

Radio Vatikan [schreibt](#):

*„Der Islam in Europa nähert sich immer mehr dem Christentum an – nur wollen wir das nicht wahrnehmen.“ Das hat jetzt der französische Philosoph Olivier Roy, der Leiter des Nationalen Forschungszentrums in Paris ist, gegenüber der Zürcher „Sonntagszeitung“ geäußert. Die Internetseiten muslimischer Gemeinden in Frankreich und Deutschland seien beispielsweise auf Französisch beziehungsweise Deutsch geschrieben, betonte der Politologe. **Besonders kritisierte er das Schweizer Minarettverbot vom vergangenen November. Denn die Minarette seien der Versuch, sich den Christen anzunähern. Sie zeigten den Wunsch, muslimische Gemeinden zu bilden, die sichtbar***

sind und ähnlich funktionieren wie christliche, so Roy.

Dass sich der Islam und das Christentum näher stehen, als oftmals gedacht, hat jüngst auch der Botschafter der Türkei beim Heiligen Stuhl, Kenan Gürsoy, betont. Er legte im Rahmen der Vortragsreihe „Identität und Religion“, die am Dienstagabend an der Päpstlichen Jesuitenhochschule Gregoriana in Rom gestartet ist, seine Vorstellung vom Miteinander der Religionen dar:

„Wir alle sind von einer bestimmten Tradition geprägt und darüber hinaus Gläubige einer bestimmten Religion. Das, was uns aber allen gemeinsam ist, das ist der ethische Anspruch, der unseren Religionen inne wohnt. Ihr Bewusstsein um Werte. Hierin zeigt sich die universelle Größe der Religionen, trotz aller Verschiedenheiten. So etwas wie eine interreligiöse Ethik. Und jeder von uns muss auf die Suche nach dieser universellen Botschaft gehen.“

Die islamische Mystik könne eine Brücke zu diesem Universalismus bauen, vertiefte der Diplomat seine Ansicht. So vereine die jahrhundertealte Tradition des Sufismus verschiedene mystische Strömungen, die von der meditativen Rezitation der „neunundneunzig schönsten Namen Gottes“ und damit von der Reflexion der eigenen Gottesbeziehung lebten. Das bereite auch den Weg für die Begegnung mit anderen Religionen und könne dazu beitragen, Vorurteile, die besonders im Zuge des radikalislamischen Terrorismus angewachsen seien, abzubauen:

„Der Sufismus ist keine Doktrin und kann keine eigene Kirche begründen. Er ist auch keine religiöse oder philosophische Schule, sondern vielmehr eine Energie. Und diese ermöglicht es uns, die verschiedenen Linien des Islam in einem neuen Licht zu sehen. So können auch die sunnitische und schiitische Tradition in Einklang miteinander gebracht werden. Und mehr noch: Die sufische Blickrichtung ermöglicht es uns, alle monotheistischen Religionen neu wahrzunehmen!

Hier wird so etwas wie eine Neuinterpretation der Geschichte der Religionen auf philosophischer Ebene möglich – auch, wenn das erstmal eine Utopie darstellt.“

Minarette dienen also dem Zweck, die Moschee der Kirche anzunähern. Aha! Gut, dass das mal gesagt wurde!

Es ist traurig, dass die Kirche, im Bestreben, denn eigenen Einfluss zu erhöhen, sogar einen Pakt mit dem Teufel schließt.